

Grün-Rot kritisiert Stadtspitze für Verzögerungen beim Klimaschutz



Grüne und SPD sind der Ansicht, dass die Stadt Hannover beim Klimaschutz nur im Schnecken-tempo vorankommt und sparen nicht mit Kritik. Umweltdezernentin Anja Ritschel (Grüne) verweist darauf, dass Ressourcen fehlen, etwa Personal.

[Andreas Schinkel](#)

17.01.2023, 11:00 Uhr

Hannover. Umstellung auf energiesparende LED-Leuchten in Straßenlaternen, neue energetische Standards bei Gebäuden, Ausbau von regenerativen Energieanlagen – solche und weitere Forderungen zum Klimaschutz hat die grün-rote Ratsmehrheit der Stadtverwaltung bereits 2021 ins Hausaufgabenbuch geschrieben. Doch wie jetzt im Umweltausschuss des Rates deutlich wurde, geht es in vielen Bereichen nur schleppend voran. Die Vertreter von SPD und Grünen sparen in der Sitzung nicht mit Kritik an der Stadtspitze. Umweltdezernentin Anja Ritschel (Grüne) gibt sich zerknirscht. „Ich hoffe, dass wir das zukünftig besser hinbekommen“, sagt sie. Schließlich sei man guten Willens.

SPD ist verärgert

Die SPD kritisiert vor allem, dass Hannover beim Festlegen noch höherer ökologischer Standards bei Gebäuden noch keine Ergebnisse vorgelegt hat. „Eine fachübergreifende Arbeit innerhalb der Stadtverwaltung hat nicht stattgefunden“, ärgert sich SPD-Umweltpolitiker Bala Ramani. Bei der Stadtspitze genieße der Klimaschutz offenbar nicht höchste Priorität, so wie es der Rat vorgegeben habe. „Sollen wir immer weitere Anträge schreiben? Aber was bringt das, wenn sie von der Stadt nicht umgesetzt werden“, sagt Ramani.



Verärgert: SPD-Umweltpolitiker Bala Ramani wirft der Stadtspitze vor, dem Klimaschutz nicht genügend Priorität einzuräumen.

© Quelle: Katrin Kutter (Archiv)

Auch die Grünen sind sauer. „Die Stadt hat von uns gesetzte Fristen für die Umsetzung nicht eingehalten“, sagt Grünen-Umweltpolitikerin Anna Tabea Kraeft in der Sitzung, Versäumnisse im Klimaschutz könne man sich aber nicht leisten.



„Fristen nicht eingehalten“: Grünen-Ratsfrau Anna Tabea Kraeft kritisiert die Verwaltung.

© Quelle: Sven Brauers (Archiv)

Dezernentin Ritschel: Zu wenig Ressourcen

Umweltdezernentin Ritschel betont, dass die Verwaltung zu wenig Ressourcen zur Verfügung habe, um alle grün-roten Wünsche umzusetzen. „Im vergangenen Jahr hat uns das Abfassen der neuen Fernwärmesatzung stark in Anspruch genommen und viele personelle Kapazitäten gebunden“, sagt Ritschel.

Zudem gibt sie zu Bedenken, dass dem Energiesparen bei städtischen Gebäuden Grenzen gesetzt seien. Zwar könne man baulich viel machen und die Effizienz erhöhen, aber der Stromverbrauch steige, weil immer mehr elektrische Geräte im Einsatz seien. In der Verwaltungsunterlage heißt es entsprechend: „Durch verbesserte Dämmung wird zwar Heizenergie gespart, die höhere Technisierung der Gebäude verursacht jedoch einen höheren elektrischen Energiebedarf, sodass der elektrische Energieverbrauch sanierter Gebäude kaum noch sinkt.“



„Pauschalkritik teilen wir nicht“: CDU-Umweltpolitiker Maximilian Oppelt will den städtischen Fuhrpark schneller auf E-Autos umstellen.

© Quelle: CDU (Archiv)

CDU spricht von „Generalabrechnung“ mit der Stadtspitze

Die CDU versteht die Kritik von Grün-Rot als „Generalabrechnung“ mit der Stadtspitze. „Eine solche Pauchalkritik teilen wir nicht“, sagt CDU-Umweltpolitiker Maximilian Oppelt. Er ärgert sich jedoch darüber, dass die Stadt viel zu langsam vorankomme, ihren Fuhrpark auf Elektrofahrzeuge umzustellen. Zugleich begrüßt Oppelt, dass die Stadt Parkflächen auf dem Messegelände ankaufe, um dort Solaranlagen zu installieren.

Volt-Ratsfrau Joana Zahl weist daraufhin, dass die Stadt in einem Dilemma steckt: Einerseits habe sie hohe Schulden, andererseits müsse sie viel Geld in die Hand nehmen und in den Klimaschutz investieren. Das sehen auch die Grünen so. „Wir müssen jetzt an Lösungen arbeiten, aber auch klar diskutieren, was nicht läuft“, sagt Kraeft

HAZ 18.01.2023